

JÖRN SCHÜTRUMPF

Der geplante »deutsche Industrieprozeß«. Eine Fußnote

Aus einem Bericht über einen Lehrgang an der Schule der Sowjetischen Militäradministration für deutsche Kader in Königs Wusterhausen zwischen dem 12. Januar und dem 25. April 1948, verfaßt nach Informationen eines deutschen »Kursanten«: »Betr.: Major Patent (...) Auf die Frage des Genossen, aus welchen Gründen die Partei der Bolschewiki Sinowjew und Kamenew nicht früher aus der Partei entfernt habe, sondern sie trotz ihrer offensichtlich parteischädigenden Arbeit von 1917 bis 1935 in der Partei belassen habe, brachte Gen. Major Patent ein Beispiel aus der augenblicklichen politischen Situation. Er sagte: »Wenn sich in Deutschland die Zustände in fortschrittlichem Sinne verändern würden, würden dann Personen wie Franz Neumann nicht auch bekennen, sich geirrt zu haben? Würden sie nicht versuchen, in die Partei des Proletariats einzudringen(.) und würden Sie ihnen nicht die Möglichkeit geben, in Ihrer Partei mitzuarbeiten, um zu beweisen, dass sie anderen Sinnes geworden sind? Noch ein anderes Beispiel: Der Vorsitzende Ihrer Partei, Gen. Grotewohl, war vor 1933(.) wie es Ihnen wohl bekannt ist, Polizeiminister in einem mitteldeutschen Land. Es hat sich dort, wie mir mitgeteilt wurde, nicht anders verhalten, als es andere sozialdemokratische Minister auch getan haben, nämlich er hat auf Arbeiterdemonstrationen schießen lassen. Trotzdem hat sich Genosse Grotewohl geändert(.) und Sie kennen ihn wohl alle als den bedeutendsten politischen Führer Ihrer Partei.«¹

Die Antwort dieses sowjetischen Offiziers war kaum mißzuverstehen, zumindest nicht für jemanden, der die Stalinsche Geschichtsschreibung zur KPdSU kannte. Nach deren Legenden hatten Sinowjew und Kamenew ihr »abweichlerisches« Verhalten erst aufgegeben, als sich die »Linie« Lenins durch den erfolgreichen Oktoberaufstand 1917 durchgesetzt hatte. Sinowjews und Kamenews folgendes Engagement für die Revolution sei jedoch nicht »ehrlich« gewesen, sondern in der Absicht erfolgt, die Revolution rückgängig zu machen. Das hätten sie bis 1935 verbergen können.

Auf die Frage, wie das hat möglich sein können, antwortete der Offizier nicht direkt, sondern verwies auf die deutsche Nachkriegssituation. So wie einst Sinowjew und Kamenew habe der sozialdemokratische »Arbeitermörder« Grotewohl eben frühzeitig erkannt, daß die erfolgreiche Arbeiterpartei in Deutschland die SED sein werde, und sich deshalb »geändert«. Werde die SED noch erfolgreicher, würde eines Tages auch Franz Neumann »versuchen,

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956,
Historiker, Dr. phil., Mitglied
der Redaktion UTOPIE
kreativ.

1 Bundesarchiv Berlin,
Stiftung der Parteien und
Massenorganisationen der
DDR (SAPMO), FBS
123/16497, Bl. 79.

in die Partei des Proletariats einzudringen«. Zur Zeit sei Grotewohl der bedeutendste politische Führer der SED – so wie nach Lenins Tod Sinowjew und Kamenew neben Trotzki und Bucharin für kurze Zeit die bedeutendsten politischen Führer der KPdSU gewesen waren; von Stalin sprach damals noch kaum jemand.

Grotewohl kannte natürlich die »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang« und reagierte auf diesen Vergleich mit Sinowjew und Kamenew vehement. Der sowjetische Major mußte eine Stellungnahme abgeben, in der er alles zum Mißverständnis erklärte.² Sicher, dieser Major Patent erwartete nicht unmittelbar einen Schauprozeß in der SBZ, und sicher auch keinen gegen Grotewohl, wenngleich offensichtlich in der SMAD an einer Kriminalisierung Grotewohls gearbeitet wurde – war er bei der erwähnten Demonstration doch nicht nur nicht Polizei-, d.h. Innenminister gewesen, er hatte vielmehr zu den Demonstranten gehört, auf die die Polizei schoß. – Vielmehr wollte Patent seinen deutschen Schülern bedeuten, daß niemand sicher sei. Und das ist das eigentlich Interessante. Hier zeigt sich, wie schon Anfang 1948, also noch vor dem offiziellen Bruch mit Jugoslawien und vor der Berlin-Krise, ein hoher SMAD-Offizier über die Möglichkeit künftiger Schauprozesse dachte.

Und der Mann sollte Recht behalten: Ein Jahr später begannen in Bulgarien und Ungarn die Folterungen.³ Am 9. Juni 1949 erfolgte die erste Verhaftung in der SBZ: Berndt Steinberger, dessen Frau zuvor in Budapest verhaftet worden war, wurde vom sowjetischen MWD nach Hohenschönhausen gebracht – wo er, anders als es Georg Hermann Hodos dargestellt hat,⁴ jedoch nichts gestand. Der Selbstmord des ehemaligen KPD-Politbüro-Mitglieds und Leiters der Schweizer Emigration, Paul Bertz, sowie weitere Verhaftungen, Selbstmorde und, wie im Fall Kreikemeier, wohl auch Morde folgten. Alles, was mit dem immer wieder verschobenen sogenannten deutschen Prozeß im Dunstkreis von Noel H. Field in Zusammenhang steht, hat Wolfgang Kießling in jahrzehntelanger Arbeit eruiert und auch publiziert.⁵ Es sei an dieser Stelle deshalb nur darauf verwiesen.

Doch es gab nicht nur die – maßgeblich durch die sowjetischen Behörden betriebenen – Prozeßvorbereitungen gegen Paul Merker und andere. Ulbricht, der durch Hermann Matern und Hertha Geffke immer neue Opfer für einen solchen Prozeß ausfindig machen ließ, wurde auch selbst aktiv. Am 28. April 1952 erklärte er in Anwesenheit von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Heinrich Rau gegenüber zwei sowjetischen Metallurgie-Spezialisten: Die Wirtschaftspolitik der SED sei »an einem Wendepunkt angelangt. Das gilt nicht nur für die Metallurgie, das gilt für den Maschinenbau, und das gilt auch für andere Industrien bei uns, und das müssen wir jetzt ändern, die Partei mit der Regierung. Wir werden dazu übergehen müssen, in Fällen, wo die Betriebsleitungen die Anweisungen der Regierung nicht durchführen, eine Reihe öffentlicher Prozesse durchzuführen. Wir haben zum Beispiel im Steinkohlenbergbau die Lage untersucht, wo Jugendliche sich beim Zentralkomitee der Partei beschwert haben. Das ist ungefähr dasselbe, was bei Ihnen in der Sowjetunion im Industrieprozess war. Das ist dieselbe

2 Ebenda, Bl. 78.

3 Ausführlich dazu Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54, Berlin 1990, S. 36ff.

4 Ebenda, S. 182.

5 Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; ders.: In den Mühlen der großen Politik. Heinrich Mann, Paul Merker und die SED (hefte zur ddr-geschichte 36), Berlin 1996.

Sabotage. Bei uns geht das alles unter dem Thema Demokratie. Die Leute sind der Meinung, da wir eine demokratische Ordnung haben, können sie so sabotieren, wie es ihnen passe. Wir müssen also eine strengere Ordnung durchführen. Die Leute, die nicht liefern, die sabotieren, werden bei uns nicht bestraft! Wenn man nicht gerade beweisen kann, dass er ein Spion ist, wird er nicht bestraft. Aber das kann man meist erst sehr spät beweisen. Das erste, was man beweisen kann, ist, dass sie sabotieren. Wir müssen also auch in dieser Beziehung politische Konsequenzen ziehen, und man muss den Leuten zu verstehen geben, dass es eine Staatsmacht hier gibt, und dass sie so nicht weiterwirtschaften können, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob man in Westdeutschland schreit oder nicht schreit. Das ist ganz egal.«⁶

Der Moskauer »Industrieprozeß« gegen die angeblichen Führer der sog. Industriepartei war Ende November/Anfang Dezember 1930 durchgeführt worden. Durch diesen und zwei weitere Prozesse wurde, wie es in einer stalinistischen Rechtfertigungsschrift heißt, »die Torgprom-Intrige, die letzte ernst zu nehmende Anstrengung des englisch-französischen Imperialismus und der zaristischen Gegenrevolution aufgedeckt und vereitelt.«⁷ Angeklagt waren durchweg, wie es hieß, »bürgerliche Spezialisten«. Der Prozeß endete mit fünf Todesurteilen, die später in Haftstrafen umgewandelt wurden, sowie mit drei weiteren Haftstrafen.

Daß Ulbricht auf einer internen Beratung im April 1952 solche Prozesse nun auch für die DDR ankündigte, war kein spontaner Schritt, der sich etwa aus dem Gespräch mit den sowjetischen Spezialisten ergeben hätte. Im Gegenteil, beide hatten erklärt, daß im »Fall«, den sie zu untersuchen gehabt hatten – es ging um die Anlaufschwierigkeiten im Eisenhüttenkombinat Ost –, Sabotage keine Rolle spielte.⁸ Ulbrichts drohende Ankündigung hatte einen anderen Hintergrund: Die Ablehnung der Stalin-Note vom 10. März 1952 durch die Westmächte hatte von Ulbricht die Bedrohung, die für ihn und für die SED von einem vereinigten, neutralen und wiederbewaffneten Deutschland ausging, vorerst genommen. Nun drängte er auf einen schnellen Ausbau der Macht der SED und damit seiner eigenen sowie auf eine forcierte sozialstrukturelle Umgestaltung der DDR, mit der nicht zuletzt künftige Bedrohungen durch eine schnelle Wiedervereinigung minimiert werden sollten. Ulbricht, noch völlig auf das sowjetische Modell fixiert, folgte in dieser Zeit in fast allen Fragen dem Stalinschen Vorbild – nicht zuletzt, um sich nicht durch den Vorwurf einer »Abweichung« von der Politik des sowjetischen Herrschers angreifbar zu machen. Ins Stalinsche Szenario gehörte nicht nur die Ausschaltung aller potentieller Gegner, sondern ihre öffentliche Abstrafung durch Schauprozesse – das hatte die sowjetische Politik der Hexenprozesse in Bulgarien und Ungarn 1949 (der Prager Slansky-Prozeß wurde zu dieser Zeit gerade vorbereitet) unmißverständlich klargelegt.

Die Idee, neben dem auf sowjetischen Druck hin vorbereiteten deutschen Schauprozeß auch Industrieprozesse durchzuführen und so die Treue zum sowjetischen Vorbild zu unterstreichen, lag also in der Luft. Doch Ulbricht wollte mehr – es ging nicht nur um

6 SAPMO, DY 30 J IV
2/201/257, Bl. 23.

7 Michael Sayers, Albert E. Kahn: Die große Verschwörung, Berlin 1948, S. 170.

8 Ausführlich dazu Jörg Roesler: Eisen für den Frieden, in: Rosemarie Beier de Hahn (Hg.): Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt (im Druck).

9 Jörn Schütrumpf:
 »Besprechungen zwischen
 ehemaligen VVN-Kamera-
 raden ... dürfen nicht mehr
 stattfinden.« – Antifaschis-
 mus in der DDR, in: Dieter
 Vorsteher (Hrsg.): Parteauf-
 trag: ein neues Deutsch-
 land. Bilder, Rituale und
 Symbole der frühen DDR,
 München/Berlin 1996,
 S. 142ff.

10 SAPMO, DY 30 J IV
 2/202/54 (unpag.).

11 Ebenda.

12 Ebenda.

eine Geste der Ergebenheit gegenüber Moskau, für die er bereit war, die Köpfe einiger – im stalinistischen Verständnis – minderwertiger sogenannter bürgerlicher Spezialisten zu opfern. Ulbricht wollte mit einem solchen Prozeß zugleich seine stärksten Konkurrenten, die Vertreter des inneren Widerstands, die ihre antifaschistische Überzeugung in Zuchthaus und KZ aufrechterhalten hatten und mit der VVN über eine eigene Organisation verfügten, treffen.⁹ Als Hauptangeklagten eines Industrieprozesses hatte er einen besonders prominenten Vertreter des inneren Widerstandes auserkoren: Fritz Selbmann. Selbmann (Jahrgang 1899), von Hause aus Bergmann, war in den zwanziger Jahren bis in die Führungsebene der KPD aufgestiegen; zuletzt war er Bezirksleiter in Sachsen und Reichstagsabgeordneter. Während der gesamten Nazi-Zeit wurde er zunächst im Zuchthaus, dann in verschiedenen Konzentrationslagern eingekerkert. Durch einen zehnmonatigen Dunkelarrest im KZ Flossenbürg verlor Selbmann 1944 einen Teil seiner Sehkraft. Nach 1945 stieg Selbmann dank seiner organisatorischen Fähigkeiten vom Präsidenten des sächsischen Landesarbeitsamtes zum sächsischen Wirtschaftsminister und dann zum DDR-Minister für Industrie (1949/1950) und damit zum erfolgreichsten Wirtschaftspolitiker der SED auf. Nachdem die Entscheidung gefallen war, die Roheisenindustrie auszubauen, wurde er beauftragt, ein eigenständiges Ministerium für Schwerindustrie zu bilden. Wichtigstes Projekt im ersten Fünfjahrplan war die Errichtung des Eisenhüttenkombinates Ost. Selbmann war quasi dessen Bauherr. Da in der DDR keine Fachleute für den Aufbau von Werken der Roheisenindustrie existierten, mußte bei der Errichtung des EKO sehr viel improvisiert werden, was zu erheblichen Anlaufschwierigkeiten bei der Produktion 1951 führte.

Am 18. Januar 1952 begab sich Ulbricht selbst ins EKO. Dort muß ihm die Idee sowohl für den Industrieprozeß als auch für die Anklage Selbmanns gekommen sein. Denn schon zwei Wochen später, am 3. Februar 1952, lagen die Beurteilungen der Anzuklagenden vor – neben Selbmann waren es die Verantwortlichen für den Aufbau des EKO, darunter der Hauptabteilungsleiter für Eisenindustrie aus dem Selbmann-Ministerium, Heinrich Kraemer, der Aufbauleiter des EKO, Nationalpreisträger Otto Ringel, der Chefkonstrukteur Rudolf Stoof und einige andere.¹⁰ Am Tag darauf wurde der sechzehnseitige maschinenschriftliche Bericht: »Verdacht der bewußten Störung bei der Projektierung und Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost in Fürstenberg« geliefert.¹¹ Die Namen der Anzuklagenden sind in diesem Szenario – denn um ein solches handelt es sich – freigelassen und mit Punkten markiert. Sie wurden nachträglich mit der Hand eingetragen, von wem, war bisher nicht eruierbar. Wunschgemäß kam der von einem VP-Rat und einem VP-Kommandeur gezeichnete Bericht zum Ergebnis: Es »verstärkt sich der Verdacht, daß die Saboteure unter den aufgeführten Funktionären gesucht werden müssen.« Zum Hauptverdächtigten avancierte der Chefkonstrukteur, während Selbmann der letzte Satz, also das Finale dieser konstruierten Anklage, vorbehalten blieb: Es »muß besonders das verantwortungslose Verhalten des Ministers Selbmann hervorgehoben werden.«¹²

Durch die Stalin-Note vier Wochen später mußte Ulbricht jedoch seine Aktivitäten vorläufig einstellen, das Material ging in die Ablage. Ende April 1952 erwog er, wie gezeigt, seine Aktivitäten wieder aufzunehmen. Doch die Konzentration bei den Prozeßvorbereitungen lag nun auf dem Prozeß gegen Paul Merker und, als der sich nicht brechen ließ, im Frühjahr 1953 auf einem Prozeß gegen Franz Dahlem. Ob der Prozeß gegen Selbmann weiter verfolgt wurde, müssen weitere Forschungen klären. Nach dem 17. Juni 1953 unterband Chruschtschow alle weiteren Prozeßvorbereitungen in der DDR. Selbmann selbst schien nun völlig unangreifbar, war er doch, während die restlichen Parteiführer einschließlich Ulbrichts sich im Keller versteckt gehalten hatten, am 17. Juni als einziger vor die Arbeiter getreten und hatte versucht, zu ihnen zu sprechen.

Ulbricht wartete über vier Jahre. Anfang 1958 endlich konnte er auch Selbmann stürzen. Neben Karl Schirdewan, der ebenfalls 1957 gestürzt wurde, war er der letzte ehemalige KZ-Häftling in einer führenden Stellung, der sich Ulbricht nicht vollständig unterworfen hatte.¹³

13 Ausführlicher dazu Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949 – 1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 58ff., S. 321, Fußnote 432.